

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

236 (10.10.1921)

Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Staatspräsident Trunk über Staatsverwaltung und Landtagsarbeit.

* In seiner bedeutsamen Rede in der Schluss-
sitzung des Landtages (vgl. Nr. 235 der „Karlsruher
Zeitung“) führte der Staatspräsident weiter aus:

Um das zum größten Teil auf den freiwilligen Feuerwehren
beruhende Feuerlöschwesen zu fördern, wurden Ehren-
zeichen für die Mitglieder freiwilliger Feuerwehren wieder ein-
geführt.

Im Juni 1921 wurden die Beamten und Angestellten, die
schon früher für die Vertretung der Interessen des badischen
Gewerbes in Berlin tätig waren, zu der wirtschaftlichen
Vertretung der badischen Regierung in Berlin
zusammengeschlossen. Diese Vertretung, die ihre Ge-
schäftsräume in dem Geschäftsbauwerk erhalten hat, hat
die besonders wichtige Aufgabe, die berechtigten Interessen des
badischen Erwerbslebens allgemein wie auch die einzelner Er-
werbszweige und Betriebe auf allen volkswirtschaftlichen Ge-
bietern, insbesondere auch in Fragen der Beteiligung am Wie-
deraufbau der zerstörten Gebiete und der Handelsflotte sowie
der Ein- und Ausfuhr in Berlin zur Geltung zu bringen.

Mit Eintritt des Friedenszustandes wurden die Ausbil-
dungskurse für Meister und Gesellen des
Handwerks beim Landesgewerbeamt im vollen Umfang
wieder aufgenommen.

Zu nicht unerheblichem Maße wurden die Behörden der in-
neren Verwaltung in Anspruch genommen bei der Durchfüh-
rung der Maßnahmen zur Erfüllung der wirtschaftlichen
Leistungen auf Grund des Friedens-
vertrages.

Das immer fortschreitende Sinken des Geldwertes machte
die Änderung verschiedener Gebührensätze erforderlich.
Schwierige Aufgaben stellte der unglückliche Ausgang des
Krieges, die Blockade und die Lasten des Versailler Vertrags
der Regierung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge.

In erster Linie galt es, den völlig in Unordnung geratenen
Arbeitsmarkt zu regeln. Arbeitslosigkeit zu
schaffen und die vorhandene gerecht zu verteilen. Für die
öffentlich-gemeinnützigen Arbeitsnachweise wurde im Lan-
desbesarbeitsamt eine ausgleichende Zentrale geschaffen. Während
im Jahre 1918 von 25 Arbeitsämtern rund 90 000 Arbeits-
stellen vermittelt wurden, brachten im Jahre 1920 29 Ar-
beitsämter rund 190 000 Arbeitsuchende in Stellung. Zur
Zeit sind neben 80 Arbeitsämtern 23 Bezirksarbeitsnachweise
über das ganze Land tätig. Mit Hilfe der Reichsverordnung
über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Ange-
stellten gelang es, die Kriegsteilnehmer größtenteils wieder in
ihre alten Stellen unterzubringen und Entlassungen durch vor-
übergehende Streckung der Arbeit zu vermeiden. Die Hand-
habung der Verordnung über die Freimachung von Arbeits-
stellen führte nicht nur viele ehemalige Landarbeiter der so
dringend nötigen landwirtschaftlichen Beschäftigung wieder zu,
sondern half auch vielen arbeitslosen gewerblichen Arbeitern
zur Wiederbenutzung in der Industrie. Die strenge Durch-
führung des achtstündigen Arbeitstages, eines der wesentlichen
sozialen politischen Fortschritte der letzten Jahre, hatte auch
als Mittel zur Verhütung von Arbeitslosigkeit günstige Folgen.
Überführte und unüberlegte Betriebsstillegungen wurden ver-
hindert. Die große Zahl der Ende 1918 demobilisierten Kriegs-
teilnehmer ließ ein Arbeitslosenheer entstehen, dessen
Stärke in Baden im Januar 1919 27 568 betrug. In großem
Umfang wurden aus Mitteln des Reichs, des Landes und der
Gemeinden Notstandsarbeiten organisiert, welche auch
heute noch beinahe unverändert fortgeführt werden. Das Land
wird dafür bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahrs
etwa 20 Millionen Mark aufgewendet haben, womit durch-
schnittlich 4000 Erwerbslose beschäftigt werden konnten. Da-
neben sind zur Unterstützung der bedürftigen Er-
werbslosen, denen Arbeit nicht zugewiesen werden kann,
große Mittel aufgewendet worden, deren Höhe sich für den
Anteil des Landes bis zum Ende des Rechnungsjahrs auf
rund 30 Millionen Mark belaufen wird. Die ergriffenen Maß-
nahmen im Verein mit der Entwicklung unserer Wirtschaft
liefern dann auch die Zahl der Erwerbslosen mit einigen
Schwankungen stetig zurückgehen; wir sind heute mit rund
1675 unterstützten Erwerbslosen auf dem niedrigsten Stand
seit dem Ende des Kriegs angelangt.

Zu diesem verhältnismäßig günstigen Ergebnis haben vor
allem die auf die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens
gerichteten Maßnahmen viel beigetragen. Den Hauptanteil
haben die aus dem Hilfsdienstgesetz herrührenden Schlicht-
ungsausschüsse gehabt, denen durch das Betriebsrätegesetz auch
die Streitigkeiten über Einstellung und Entlassung von Ar-
beitern zugewiesen wurden. Das Betriebsrätegesetz selbst hat für
das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeits-
gebern überwiegend günstig gewirkt. In schwierigen Arbeits-
streitigkeiten wurde häufig das Eingreifen des Arbeitsministe-
riums oder des Gewerbeaufsichtsamts verlangt oder angeboten.
So ist das Land von Arbeitsstämpfen zwar nicht frei aber un-
geachtet der außerordentlich schwierigen Zeitumstände wenig-
stens vor schweren Erschütterungen seines Arbeitslebens be-
wahrt geblieben.

In ihrer Mitarbeit an der reichsgesetzlichen Versiche-
rung der Arbeiter und Angestellten bemühte sich
die Regierung die Versicherungsgrenze dem gesunkenen Geld-
werte entsprechend zu erhöhen und ihm die Renten anzupassen,
aber zugleich die Beiträge so zu erhöhen, daß eine dauernde
Leistungsfähigkeit der Kassenrichtungen gewährleistet wird.
Das Kriegswohlfahrtspflege konnte neuerdings
stark abgebaut werden, nachdem sie noch in den Jahren 1919
und 1920 erhebliche Aufwendungen verursacht hatte. Beson-
dere Aufgaben erwachsen dem Lande durch die Versorgung
der zahlreichen deutschen Wehrleute aus der Schweiz.

Eine Pflicht zur Unterstützung liegt gegenüber den Kriegs-
beschädigten- und Kriegshinterbliebenen für welche in der
Hauptache zwar das Reich eingetreten ist. Die soziale
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterblie-
benenfürsorge aber obliegt, wenn auch unter vorwie-
gender geistlicher Beteiligung des Reichs, den Behörden des
Landes, welche sich in die Hauptfürsorgestelle und die bei den

Bezirksämtern und einzelnen Städten bestehenden Fürsorge-
stellen gliedern. Unter reger Mitwirkung der Kriegsober-
selbst wird Ruftüchtigen gelehrt für die Ausbildung der
Waisen, die Umschulung Kriegsbeschädigter und Genesung Er-
krankter; für lungentranke Kriegsbeschädigte ist das Hochbacher
Krankenhaus mit 60 Betten bestimmt; ein weiteres Erholungs-
heim ist in Aussicht genommen.

Infolge der Geldentwertung ist eine neue Klasse Bedürftiger,
der sogenannten Kleinrentner entstanden. Wenn auch
die Fürsorge für sie, wie schon bisher die Sorge für Ver-
armte, zunächst eine Aufgabe der Gemeinden ist, so kann sie
ihnen bei ihrer finanziellen Lage und dem Umfang der Not
der Kleinrentner nicht ausschließlich angeschlossen werden; es
ist daher erstmalig in dem Voranschlag für 1921 ein Betrag
von vorerst 500 000 M. vorgesehen, der bald wird erhöht werden
müssen. Daraus sollen durch Vermittlung der Gemeinden den
bedrängten Kleinrentnern Zuschüsse zu ihrem Einkommen be-
willigt werden.

Der durch den Krieg und die Blockade stark gefährdete Ge-
sundheitszustand der Jugend zwang zu energischen
Maßnahmen. Der für 1919 bewilligte Kredit von 100 000
Mark zur Aushebung von Kindern nach der Schweiz stieg
im Jahre 1920 auf 1 Million und im Jahre 1921 auf 1 500 000
Mark. Diese Mittel fließen größtenteils den Kinder aus-
sendenden Gemeinden und karitativen Landesverbänden als Zu-
schüsse zu, zum kleineren Teil dem großen Erholungsheim auf
dem früheren Truppenübungsplatz Heuberg, wo im Jahre
1920 schon 5000 badische Kinder Aufnahme fanden. Insgesamt
sind im Jahre 1920 14 000 Kinder in Erholungsfürsorge
gegeben worden, eine Fürsorge in demselben Umfang wird
auch in den kommenden Jahren geboten sein. Erhebliche staat-
liche Mittel wurden für Kinder- und Säuglingsfürsorge, be-
sonders zur Unterstützung schwer um ihr Bestehen ringender
Anstalten, aufgewendet.

Zur Vertiefung der Fürsorge für die nahezu 1100 Blinden
wurde ein Landesblindenpflieger ange stellt.

Der Opfer der Trunksucht nehmen sich der badische
Landesverband gegen den Alkoholismus mit seinen zahl-
reichen Ernterfürsorgeanstalten und seinem Erholungsheim für
Trinker an; diese Fürsorge durch Verwendung von Geldmitteln
namentlich aus den aus dem Branntweinmonopol dem Land
zugewiesenen Beträgen nach Kräften zu fördern, hat die Re-
gierung als notwendig anerkannt.

Zur Durchführung der sozialen Aufgaben in Staat,
Kreis und Gemeinden ist die Heranziehung von pflegerisch-
und sozial ausgebildeten weiblichen Personen von größter
Bedeutung. Diefem Zweck dienen die Verordnungen über die
staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen.

Die Regierung betrachtete es als eine ihrer vornehmsten
Aufgaben, der seit dem letzten Kriegsjahr in steigendem Maße
sich geltend machenden Wohnungsnot zu steuern, einmal durch
scharfe Erfassung und Ausnützung des be-
stehenden Wohnraumes, sodann aber hauptsächlich durch
Förderung des Baues neuer Wohnungen. Nachdem
verschiedene badische Verordnungen die Möglichkeit der Be-
schlagnahme von Teilen benutzter Wohnungen die Nationalie-
rung des Wohnraumes und eine Regelung der Mietzinsbe-
rechnung gebracht hatten, erfolgte eine zusammenfassende Re-
gelung der Maßnahmen gegen Wohnungsmangel auf Grund
des inzwischen ergangenen Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920
durch die Verordnung des Arbeitsministeriums vom 2. August
1920.

Der Förderung der Neubautätigkeit stellen sich un-
geheure Schwierigkeiten entgegen. Das fast gänzliche Fehlen
von Kohlen und sonstigen Brennstoffen verursachte einen
drückenden Mangel an Baustoffen. Der damit verbundenen
Gefahr untragbarer Preissteigerung mußte durch den wei-
teren Ausbau der schon während des Krieges eingeführten
Wautstoffwirtschaft beggnet werden.

Erst nachdem sich die Kohlenbelieferung einigermaßen ge-
bessert hatte, unter staatlicher Beteiligung die Badische Bau-
stoffbeschaffung G. m. b. H. in Karlsruhe ins Leben gerufen
und die Herstellung und Lieferung von Ziegel- und Erzeugnissen
in genügender Menge sicher gestellt war, konnte die Zwangs-
bewirtschaftung in Baustoffen abgebaut werden. Das Haupt-
hindernis für eine umfassende Neubautätigkeit lag indessen
und liegt noch heute in der in schwächerem Maße schon wäh-
rend des Krieges, sodann aber nach Kriegsende in ungeahnter
Schärfe eingetretenen Werteverminderung der Herstellungskosten.
So mußte auf Grund der noch vom früheren Bundesrat er-
lassenen Bestimmungen die bekannte Baustoffzuschußpolitik
eingeführt, die durch Aufwendung öffentlicher Mittel des Reichs,
des Landes und der Gemeinden die Bautätigkeit mehr und
mehr — wenn auch leider nicht in dem zu einer tatsächlichen
Beseitigung des Wohnungsmangels erforderlichen Umfange —
in Gang brachte. Die Regierung hat es sich mit Erfolg be-
sonders angelegen sein lassen, sich beim Reich für die Zumei-
stung reichlicher Mittel, für das infolge seiner Lage als Grenz-
land durch den Zustrom von Flüchtlingen usw. schwer belastete
Land Baden fortgesetzt mit allem Nachdruck einzusetzen. An
Baustoffzuschuß und Baudarlehensmitteln hat das Land
Baden insgesamt aufgebracht:

im Jahre 1919	25 288 500 M. und
im Jahre 1920	9 028 920 M.

Für das laufende und kommende Jahr wird nach dem nun-
mehr von Ihnen beschlossenen Gesetz ein Betrag von 210
Millionen Mark aufgebracht werden; die Verzinsung und
Zilgung dieses Betrages soll durch die ebenfalls beschlossene
Wohnabgabe erfolgen. Besondere Mittel wurden außerdem
zur Erstellung von Beamtenwohnungen für Flüchtlinge
bereit gestellt. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre
1919 = 1712, im Jahre 1920 = 1636 und im Jahre 1921 bis
Ende August 2219 Wohnungen neu entstanden. Die jetzt be-
willigten Mittel werden die Erstellung von Neubauten in
lediglich größerem Umfange als bisher ermöglichen, aber zu
einer völligen Beseitigung der Wohnungsnot nicht ausreichen.
Neben der Förderung des Wohnungsbaues durch unmittel-
bare Zuschüsse liefern Maßnahmen her, die eine Erleichterung
der technischen Ausführung und damit eine Verbilligung des
Bauens bezwecken. Erstaufschüsse und Baureifen wurden

geprüft und bekannt gegeben; durch Sammlung der besten
Lösungen von Kleinwohnungsbauten und Veröffentlichung
wurde zur Verbesserung und Verbilligung des Wohnungs-
baues beigetragen.

Zur Anregung der privaten Bautätigkeit wurde angeordnet,
daß Neubauten, die nach dem 1. Januar 1920 hauptsächlich
genehmigt werden, den Wohnungsmangelvorschriften und der
Verordnung über die Mietzinsfestsetzung nicht unterliegen
sollen. Ferner haben wesentliche Steuererleichterungen und
die Übernahme der Staatsbürgerschaft für zweite Ehepartner
in dieser Hinsicht fördernd gewirkt. Dem Baugenossenschafts-
wesen widmet die Regierung fortgesetzt größte Aufmerksamkeit.

Die zum Teil hochgespannten Erwartungen auf eine grö-
ßere Siedlungstätigkeit im Lande konnten und können nicht
erfüllt werden, da zu umfangreichen Neufriedelungen verhält-
nismäßig wenig Neuland zur Verfügung steht. Durch gesell-
schaftliche Maßnahmen, die Errichtung eines Landesiedel-
ungsausschusses, sowie durch Geländeaufteilungen und Wald-
ausrodungen wurden Siedlungen nach Möglichkeit gefördert
und auf diese Weise auch der Land hunger in einzelnen Ge-
meinden zu befriedigen versucht.

Bedeutungsvoller aber bleibt die Verbesserung jener Land-
flächen, welche unter völliger Versumpfung oder mangelhaftem
Wasserabzug leiden. Durch das Gesetz vom 31. Juli 1919, be-
treffend die Durchführung von Kulturverbesserungen sollte ein
Druck auf die Eigentümer von verbesserungsbedürftigen Ge-
lände zur Bildung von Wassergenossenschaften ausgeübt wer-
den. Außerdem wurden namhafte Staatsbeiträge, als schon
seit Jahren üblich, für Unternehmen zur Kulturverbesserung
gewährt; an solchen sind seit Kriegsende rund 2 Millionen
Mark gegeben oder zugeagt. Außerdem sind die Mittel der
produktiven Erwerbslosenfürsorge dafür nutzbar gemacht wor-
den. Auf diese Weise sind bis jetzt Kulturarbeiten geleistet oder
begonnen, welche sich auf rund 6 200 Hektar erstrecken. Da-
neben haben sich 37 Feldvereinigungen auf eine Fläche von
3800 Hektar ausgedehnt.

Nachdem durch den Artikel 97 der Reichsverfassung bestimmt
war, daß die Wasserstraßen der Länder in das Eigentum und
die Verwaltung des Reiches übergehen, ergab sich für die Re-
gierung die Aufgabe, wenigstens die wertvollsten Wasserkräfte an
den schiffbaren Gewässern für das Land zu erhalten. Dies ge-
lang nach dem vom Landtag schon genehmigten Staatsver-
trag hinsichtlich der wertvollsten und bedeutendsten Wasser-
kräfte am Oberrhein. An der zur Redarfanaalisierung gebildeten
Redaraktiengesellschaft glaubte sich das Land beteiligen zu
sollen. Die Arbeiten sind zwischen Heidelberg und Mannheim
seit 1920 im Gang. Verhandlungen über die Kanalisierung
des Maines sind noch nicht zum völligen Abschluß gelangt.

In seinen Wasserkräften ist unserem Lande ein Aus-
gleich für die ihm fehlenden Kohlen verliehen. Ihre Nutzbar-
machung ist in den letzten Jahren immer mehr in den Vor-
dergrund getreten. Zahlreiche kleine und mittlere Anlagen
sind geplant und im Bau. An dem Ausbau der Großwasser-
kräfte sollte sich nach fast einmütiger Auffassung der früheren
Volksvertretung der Staat selbst ausgiebig beteiligen. Aus
diesem Grund ist das Großkraftwerk an der oberen Mürg vom
Staat selbst erstellt worden; es konnte 1918/19 in Betrieb ge-
nommen werden und beherrscht seitdem die öffentliche Elektri-
zitätsversorgung Mittel- und Unterbadens. Das Unternehmen
hat alle darauffolgende Erwartungen erfüllt. Um den Aus-
bau der Oberelbwerke zu fördern, wurde der schon vor dem
Krieg ausgeschriebene internationale Wettbewerb im Jahre 1920
zum Abschluß gebracht mit dem Erfolg, daß der Ausbau des
Rheins zwischen Basel und Bodensee zur Kraftgewinnung und
als Schiffsfahrtsstraße technisch gelöst worden ist. Seitdem sind
die Verhandlungen wegen der Ausführung mehrerer großer
Rheinkraftwerke zwischen Baden und der Schweiz aufgenom-
men. Die Versorgung des Landes mit elektrischer Ener-
gie wurde sofort nach dem Krieg mit Nachdruck aufgenommen,
das begonnene mittelbadische Netz fertiggestellt und die noch
unterforderten großen Gebiete des Seetals und des Kreises
Mosbach begonnen. Sie sind heute schon größtenteils mit den
Leitungen versehen, so daß nur noch verhältnismäßig wenige
Gemeinden des Landes der Vorteile der Elektrizität als Licht-
und Kraftquelle entbehren. Noch aber harren große Aufgaben
der Landeselektrizitätsversorgung; es gilt, unabhängiger von
der Kohle zu werden und den Ausgleich unter den Energie-
quellen herbeizuführen sowie neue Kraftwerke zu errichten,
um der herrschenden Kraftnot zu steuern und dem Wirtschafts-
leben des Landes neue Impulse zu geben. Um die hierzu er-
forderlichen bedeutenden Geldmittel günstig zu beschaffen, er-
schien es notwendig, die bisher als ein Teil der staatlichen Ver-
waltung bestehende Landeselektrizitätsversorgung auf eine pri-
vatwirtschaftliche Grundlage zu stellen. Sie wurde im Juli
d. J. in eine Aktiengesellschaft (Badenwerk) umgewandelt, de-
ren Aktien in ausschließlicher Besitz des Staates sind. Diesem
Unternehmen sind schon jetzt 400 Millionen Mark an Obligati-
onen zur Verfügung gestellt, ein Beweis für das Vertrauen,
welches ihm mit Recht entgegengebracht wird.

Die ungünstige Lage des Staatshaushalts zwang zu starken
Einsparungen der Aufwendungen für die Landstraßen.
Insmerhin sind für Neubau und Verbesserungen von Kreis-
straßen und Gemeindegewegen seit Kriegsende rund 1 700 000
Mark bewilligt worden.

In derselben Zeit erhielten 6 Gemeinden zur Erstellung
von Wasserwerkungsanlagen 565 000 Mark an
Unterstützung.

Die großen Aufwendungen für die in den Jahren 1918/20
den Beamten gewährten, mehrmals erhöhten Teuerungszulagen
machten eine entsprechende Erhöhung der Steuereinnahmen
erforderlich, die durch die Gesetze vom 7. März 1919, die
Steuererhebung für das Jahr 1919 betr., und vom 29. Juli
1919 Erhebung eines außerordentlichen Steuerzuschlags für
1919 betr., beschlossen worden sind.

Durch das Reichsgesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom
10. September 1919 ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 die
Steuerhoheit auf den meisten Gebieten auf das Reich über-
gegangen. Die badische Zoll- und Steuerdirektion hörte mit
diesem Tage auf zu bestehen, die Bezirks- und Ortsstellen wur-
den dem aus der Zoll- und Steuerdirektion hervorgegangenen

Im der Tod ereilte. Die näheren Umstände aber, die seinen Tod herbeiführten, haben erreicht, was der Verstorbene bei Lebzeiten wohl kaum in diesem Ausmaße und mit solcher Schnelligkeit erreicht hätte. Sie haben die Sympathien des weitaus größten Teiles der Zentrumsanhänger und auch der Fraktion für die umstrittene Persönlichkeit des Ermordeten wieder aufleben lassen und haben sie über seinen irdischen Überresten zu einer Stimmungsmatmosphäre gefammelt, wie sie ähnlich geladen und ins Weite wirkend der gefeierte Volksheld auf der Sonnenhöhe der Günst und des Lebens wohl nie zu kosten bekommen hat.

Staatsanzeiger.

Die Lotterie des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen zugunsten der Deutschen Kampfspiele 1922 betr.

Dem Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 10 000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Deutschen Kampfspiele 1922, 1. Reihe, — Preis des Loses 3/4 M. ausschließlich Reichsstempelabgabe, Ziehung 10.—12. November 1921 — im Reichsgebiet erteilt.

Mit Zustimmung der Preussischen Regierung darf die Ziehung ausnahmsweise während des Losverkaufs der 1. Klasse einer preussisch-süddeutschen Klassenlotterie stattfinden.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein.

Schmidt.

Die Versicherung der Rindviehbestände betr.

Auf Grund der Art. 1, 2 und 32 des Viehverversicherungs-gesetzes (Ges. u. W. 1910 S. 581) wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1921 dem Viehverversicherungsverband angeschlossen:

die Ortsviehverversicherungsanstalten: Birkheim (Bezirksamt

Dreifach), Rheinhausen (Bezirksamt Bruchsal), Schutterwasch (Bezirksamt Offenburg), Ottersdorf (Bezirksamt Rastatt), Gausen (Bezirksamt Schopfheim), Hoppetengell (Bezirksamt Stodach), die Ortsviehverversicherungsvereine: Lautenbach (Bezirksamt Oberkirch), Wehr (Bezirksamt Schopfheim), Staufen (Bezirksamt Staufen).

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein.

Braun.

Die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker betr.

Auf Grund der bestandenen Hauptprüfung wurde im Prüfungsjahr 1920/21 dem Apotheker Emil Ganslöser aus Pforzheim der Befähigungsnachweis für Nahrungsmittelchemiker erteilt.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Reichsminister des Innern.

Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein.

Jeller.

Die Gerichtsschreiberprüfung im Spätjahr 1921 betr.

Auf Grund der im September 1921 abgelegten Gerichtsschreiberprüfung (Assistentenprüfung) sind die nachstehend genannten Kandidaten für bestanden erklärt worden:

Albert Bell aus Eßlingen, Max Braun aus Philippsburg, Johann Hoffmann aus Hohenheim, Edwin Kraft aus Göttingen, Albert Kothaus aus Reudorf, Leonhard Kuchel aus Unterhohenheim, Johann Koll aus Kuffingen, August Scheyer aus Niedelschöningen, Oskar Vogt aus Kirchzarten, Johann Wolf aus Pfullendorf, Heinrich Westermann aus Bretten.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1921.

Justizministerium.

Der Ministerialdirektor:
Bernauer.

Stalter.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der ständigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Verwaltungsaktuar Albert Glatt beim Bezirksamt Schopfheim, zum Verwaltungsobersekretär.

Justizministerium.

Ernannt:

für die Kammer für Handelsachen beim Landgericht Heidelberg bis Ende des Geschäftsjahres 1923:

zu Handelsrichtern: Kaufmann Ludwig Ammann, Bankdirektor Heinrich Bremerer, Fabrikant Heinrich Koll u. Weinbändler Karl Heberle, alle in Heidelberg.

zu Handelsrichtersvertretern: Fabrikdirektor Fritz Bruns, Fabrikant Wilhelm Landfried jun., Kaufmann Friedrich Sipperer und Kaufmann Max Eismann, alle in Heidelberg.

Verlegt:

Gerichtsvorwalter Konrad Arnold beim Amtsgericht Heidelberg zum Landgericht daselbst, Justizobersekretär Max Bogenschütz beim Amtsgericht Erberg zum Amtsgericht Bogberg, Justizsekretär Heinrich Kischwitz bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg zum Amtsgericht daselbst, die Justizassistenten Peter Gamber beim Notariat Graben zum Notariat Einsheim, Wilhelm Widder beim Landgericht Heidelberg zur Staatsanwaltschaft daselbst, Kanzleihilfen Edwin Fühler beim Notariat Wühl zum Notariat Graben und Aufseher Joseph Winkler beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstant zum Landesgefängnis Mannheim.

Wiederübernommen:

Verwaltungsobersekretär Emil Kopf in Heidelberg als Justizobersekretär beim Amtsgericht Mannheim.

Das Justizministerium hat dem Notar Dr. Gustav Huber an Stelle des ihm bisher übertragenen Notariats Karlsruhe I das Notariat Karlsruhe III zugewiesen.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Adelsheim, 3.252

Bei der Firma David Keller in Adelsheim ist im Handelsregister A Bd. I unter D.-Z. 8 folgendes eingetragen worden: Die Firma ist geändert in David Keller offene Handels-gesellschaft Gärtenfabriken mit dem Sitz in Adelsheim. Dem Kaufmann Wilhelm Jodens in Adelsheim ist Procura erteilt.
Adelsheim, 8. Okt. 1921.
Amtsgericht.

Bonnorf, 3.215

Handelsregister eintrag A Band I D.-Z. 181: Firma Holzbearbeitungs- und Möbelfabrik Neßlingen, G. u. G. in Neßlingen.
Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Hugo, Fabrikant, Raier, Anton, Schreinermeister, beide in Neßlingen, und Morath Fritz, Kaufmann in Niedern.
Geschäftszweig: Fabrikation von Gegenständen aus Holz, hauptsächlich von Möbeln jeder Art und die Herstellung von Bauarbeiten.
Bonnorf, 19. Sept. 1921.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal, 3.207

Im Handelsregister A Band I D.-Z. 232 wurde zu Firma D. Reis in Bruchsal eingetragen: Der Gesellschafter Arthur Herzog, Kaufmann in Bruchsal, ist mit Wirkung vom 15. September 1921 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. David Reis führt das Geschäft unter der bisherigen Firma allein fort.
Bruchsal, 29. Sept. 1921.
Amtsgericht.

Donauwörth, 3.277

In das Handelsregister B wurde heute eingetragen zur Firma Pfälzische Bank Aktiengesellschaft in Ludwigshafen Agentur Donauwörth. Die Firma lautet jetzt: Filiale der Pfälzischen Bank. Donauwörth. Den bisherigen Prokuristen Adolf Bent und Hans Watt wurde Gesamtprocura für die Filiale der Pfälzischen Bank Donauwörth erteilt.
Donauwörth, den 20. September 1921.
Amtsgericht 1.

Donauwörth, 3.278

In das Handelsregister B wurde heute eingetragen zur Firma Biegeler, W. u. S. in Wolferdingen: Jeder der beiden Ge-

sellschafter ist durch Ge-

sellschafterbeschluss vom 9. September 1921 zur Einzelvertretung der Gesellschaft berechtigt.
Donauwörth, den 22. September 1921.
Bad. Amtsgericht.

Durlach, Handelsregister.

Zu Firma Johann Krauß wurde eingetragen: Nach dem Tod des seitberigen Firmeninhabers ist an dessen Stelle dessen Witwe, die jetzige Ernst Heinrich George Ehefrau Frieda geb. Reier hier getreten. Amtsgericht, 3.187

Eberbach, 3.268

In das Handelsregister A Band II wurde unter D.-Z. 56 eingetragen die Firma „Friedrich & Co.“, Eberbach. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. August 1921 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Karl Bagfisch, Metzger, Eberbach, Georg Friedrich, Elektrotechniker, Eberbach, Georg Keß, Monteur, Eberbach. (Einrichtung elektrischer Anlagen und Motorentrieb.) Eberbach, 7. Okt. 1921.
Amtsgericht.

Ettlingen, 3.235

Zu Handelsregister A D.-Z. 97 betr. Firma Gebüder Buß in Ettlingen wurde heute eingetragen: Dem Ingenieur Udo Buß in Ettlingen ist Procura erteilt.
Ettlingen, 4. Okt. 1921.
Bad. Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.188

In das Handelsregister A wurde eingetragen: Band VII D.-Z. 243: Firma Freiburger Kraftwagenfabrik und Güterbeförderer, Feger & Alber, Freiburg. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Rosa geb. Gels, Ehefrau Feger in Freiburg, Hans Hermann Albr., Kaufmann in Freiburg, Hans Feger, Güterbeförderer, Freiburg, ist als Prokurist bestellt. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen und gilt vom Eintragungstage an als offene Handelsgesellschaft (Hauferstr. 12).
Band III D.-Z. 264: Firma Edmund Schmid, Freiburg, ist erloschen.
Band VII D.-Z. 244: Firma W. & E. Brands, Freiburg. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Walther Brandt, Regattentappler a. D. und dessen Ehegattin Emma geborene Bauer, Freiburg. Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. September 1921 begonnen. (Hauptvertretung der elektrischen

Antifaz-Fabrikate, Goethe-

straße 59 II.)
Band VII D.-Z. 245: Firma Bobo R. Gerard, Freiburg. Inhaber ist: Bobo Reinhold Gerard, Kaufmann, Freiburg. (Vertrieb von Leuchtmitteln, Spezialaluminium u. sonstiger Metalle, Glümlerstr. 30.)
Band VII D.-Z. 246: Firma König & Sing, Freiburg. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Georg König, Kaufmann, Freiburg, und Walther Sing, Kaufmann, Freiburg. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. (Vertrieb moderner Büro-Einrichtungen und Generalvertretung auf diesem Gebiete, Hebelstraße 28.)
Band VII D.-Z. 247: Firma Klein & Co., Freiburg. Persönlich haftende Gesellschafterin ist: Carl Klein, Kaufmann, Eberbach, Marie geb. Böbel, Freiburg. Die Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft und hat am 1. Juli 1921 begonnen. Beteiligt ist ein Kommanditist, Carl Klein, Freiburg, ist als Prokurist bestellt. (Textilwaren, Wertheimstraße 18.)
Band VI D.-Z. 295: Firma Reimann & Wiesner, Freiburg, ist geändert in: Reinhold Wiesner Automobile.
Band VII D.-Z. 248: Firma Martin Gud, Freiburg. Inhaber ist: Martin Gud Ehefrau, Marie geb. Fuchs, Freiburg. (Kolonialwarengeschäft, Kartäuserstraße 70.)
Band VII D.-Z. 249: Firma Mathäus Haas, Freiburg. Inhaber ist: Mathäus Haas, Wein-Kommissionär, Freiburg. (Guglstr. 44.)
Band VII D.-Z. 250: Firma Otto Braun, Freiburg. Inhaber ist: Otto Braun, Webereidirektor a. D., Freiburg. (Vertretung in Textilwaren, Gildstr. 60.)
Band VII D.-Z. 104: Firma Wilhelm Bollmer, Freiburg. Die Firma ist geändert in: „Deutsches Holzrohr-Werk, Wilhelm Bollmer“.
Band VII D.-Z. 251: Firma Gustav Breit Ww., Freiburg. Inhaber ist: Gustav Breit Witwe, Ernestine geb. Clemens, Freiburg. (Gemischtes Waren-geschäft, Kaiserstr. 137.)
Band VII D.-Z. 252: Firma Max Josef Föhr, Freiburg. Der Ort der Niederlassung ist von Köln nach Freiburg verlegt. Inhaber ist: August Föhr, Kaufmann, Freiburg. (Ein- und Ausfuhr-Groß-

handel, Kaiserstr. 152.)
Band VII D.-Z. 64: Firma Busch & Co., Freiburg. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Frankfurt a. M. verlegt.
Band VII D.-Z. 253: Firma Casino-Restaurant, Franz Schürer, Freiburg. Inhaber ist: Franz Schürer, Gastwirt, Freiburg. (Welfenstr. 3.)
Band VII D.-Z. 254: Firma Poligraph, Vereinigte Kunstankast und Klavier-Fabrik, Säuler & Co., Kommandit-Gesellschaft, Freiburg. Persönlich haftender Gesellschafter ist: Gustav Schuler, Betriebsleiter, Freiburg. Beteiligt ist ein Kommanditist, Frau Rosa Schuler geb. Haül, Freiburg, ist als Prokuristin bestellt. Die Kommanditgesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. (Welfenstr. 4.)
Freiburg, 27. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.189

In das Handelsregister B Band III D.-Z. 80 wurde eingetragen: C. A. Wagner, Buchdrucker, Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg i. Br. betr. Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 10. September 1921 soll das Grundkapital der Gesellschaft um 500 000 M. erhöht werden. Die Erhöhung hat stattgefunden, das Grundkapital beträgt jetzt 1 000 000 M. Die neuen auf den Inhaber lautenden Aktien sind zum Kurse von 110 Prozent ausgegeben.
Freiburg, 15. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.190

In das Handelsregister Abteilung B wurde eingetragen: Stadt und Land Gesellschaft zur Förderung biverter wirtschaftlicher Beziehungen mit beschränkter Haftung, i. Br. Dr. Heinrich Kengenheiser, Freiburg, ist als Geschäftsführer ausgeschieden, als solcher ist Direktor August Burtart, Freiburg, bestellt. Franz Josef Auf, Kaufmann, Freiburg, ist als Prokurist bestellt. Die Procura des Walter Lindner, Freiburg, ist erloschen.
Freiburg, 15. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.191

In das Handelsregister Abteilung B Band III D.-Z. 84 wurde eingetragen: Süddeutsche Steinindustrie, Gesellschaft mit be-

schränkter Haftung, mit

Sitz in Freiburg, betr. An Stelle des verstorbenen Karl Anton Maier ist Friedrich Joh. Kaufmann, Karlsruhe, als Geschäftsführer bestellt. Freiburg, 16. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.192

In das Handelsregister B Band III D.-Z. 18 wurde eingetragen: Oberheinische Bauindustrie Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg i. Br. betr. Dr. Ing. Kurt Demler, Freiburg, ist als weiteres Vorstandsmitglied bestellt, dessen Procura ist damit erloschen.
Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 2. Mai 1921 soll das Grundkapital der Gesellschaft um 2 500 000 Mark erhöht werden. Die Erhöhung hat stattgefunden, das Grundkapital beträgt jetzt 8 Millionen Mark. Die neuen auf den Inhaber lautenden Aktien sind zum Kurse von 120 Prozent ausgegeben.
Freiburg, 22. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Gernsbach, 3.253

Handelsregister eintrag Abt. B Bd. I D.-Z. 8 — Firma Halbstoffwerk Oberstrot u. m. b. H. in Oberstrot — Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Fabrikant Otto Reuß ist Liquidator.
Gernsbach, 8. Okt. 1921.
Bad. Amtsgericht.

Gernsbach, 3.254

Handelsregister eintrag Abt. B Band I D.-Z. 18 — Firma Filtermassefabrik Oberstrot, G. m. b. H. in Oberstrot. — Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation von Halbstoff, Filterstoff, Filterpapiere aller Art und von allen sonst in das Fach einschlagenden Artikeln sowie der Kauf und Verkauf solcher Produkte. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mark. Geschäftsführer: Otto Reuß, Fabrikant in Scheuern, Franz Hugo Rosenfeld, Fabrikant in Rürnbarg, u. Paul Raehle, Fabrikant in Gamburg. Gesellschaftsvertrag vom 14. September 1921. Jeder der Geschäftsführer ist zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Dauer der Gesellschaft ist zunächst auf die Zeit bis 31. Dezember 1922 festgesetzt und verlängert sich von da ab immer von selbst um ein weiteres Jahr, wenn nicht einer der Geschäftsführer das Ge-

sellchaftsverhältnis kün-

digt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Gernsbach, 4. Okt. 1921.
Bad. Amtsgericht.

Heidelberg, 3.249

Handelsregister eintrag Abt. A Band IV D.-Z. 215: Der Niederlassungs-act der Firma G. Ricmann in Heidelberg ist nach Ochsersleben verlegt. D.-Z. 135 zur Firma Elektron Handelsgesellschaft Heidelberg Franz & Gerbert in Heidelberg: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.
Abt. B Band II D.-Z. 79 Firma „Elektron Franz & Gerbert Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg, Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Bedarfsartikel, verbunden mit Inkasso-Geschäften, die Beteiligung an gleichen oder ähnlichen Unternehmen und der Erwerb von solchen. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer sind: Johann Franz, Kaufmann und Ernst G., beide in Heidelberg. Gesellschaftsvertrag ist am 9. September 1921 festgestellt. Jeder der beiden Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Bekanntmachungen erfolgen durch das „Heidelberger Tageblatt“.
Heidelberg, 24. Sept. 1921.
Das Amtsgericht 5.

Karlsruhe, 3.193

In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 50 ist eingetragen: Firma und Sitz: Gallinat & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung u. der Vertrieb elektrotechnischer Bedarfsgegenstände im Inland und im Ausland. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen mit ähnlichen Geschäftszwecken beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer: 1. Paul Gallinat, Oberingenieur, Karlsruhe, 2. Heinrich Wüthmann, Kaufmann, Eßental. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. September 1921 festgestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die öffentlichen Bekanntmachungen der

Gesellschaft erfolgen im

der Karlsruher Zeitung, Karlsruhe, 30. Sept. 1921.
Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe, 3.194

In das Handelsregister B Band V D.-Z. 10 ist zur Firma Emil Schweitzer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen.
Karlsruhe, 30. Sept. 1921.
Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe, 3.236

In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 51 ist eingetragen: Firma und Sitz: Apparate-Bau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Braun & Co., Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb technischer Apparate, namentlich für Messzwecke. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital: 40 000 M. Geschäftsführer sind: Johann Franz, Kaufmann in Bonn-Gersel. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. September 1921 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Gesellschafter Wilhelm Braun, Kaufmann in Bonn-Gersel, bringt auf Rechnung seiner Stammeinlage die Ausübungsbefugnisse der folgenden von ihm erworbenen Erfindungen des Dipl.-Ingenieurs Max Haare in Heilbronn im Inland und im Ausland, außer in Belgien u. Norwegen, in die Gesellschaft ein, nämlich: 1. Vorführungsrichtung für Anzeigen — Deutsches Gebrauchsmuster Nr. 783044 vom 20. Juni 1921, 2. Anzeigevorrichtung — Deutsches Gebrauchsmuster Nr. 784390 vom 6. Juli 1921, 3. Antrieb für Vorrichtungen zum Vorführen von Anzeigen — Deutsches Gebrauchsmuster Nr. 785148 vom 15. Juli 1921, 4. Schrifttrommel für Vorrichtungen zum Vorführen von Anzeigen — Deutsches Gebrauchsmuster Nr. 785689 vom 22. Juli 1921, 5. desgleichen mit von innen beleuchteter umlaufender Schrifttrommel — Deutsches Gebrauchsmuster Nr. 785688 vom gleichen Tag, 6. Notierender Werbepapier — Anmeldung vom 4. Juni 1921 zur Erteilung des deutschen Reichspatents. Diese Ausübungsbefugnisse werden von der Gesellschaft mit 20 000 M. bewertet, so daß damit die

Stammeslage des Wilhelm Braun voll geleistet ist. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.237
In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 52 ist eingetragen: Firma und Sitz: **Badische Industrie-Neckame-Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Neckame jeder Art, namentlich für Zwecke der Industrie. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben u. sie betreten. Stammkapital: 60 000 M. Geschäftsführer: 1. Widolt Oster, Dipl.-Ingenieur in Karlsruhe, 2. Wilhelm Braun, Kaufmann in Bonn-Oberl. Profura: Fräulein Anita Jintel in Karlsruhe ist als Prokuristin berath bestellt, daß sie die Firma allein zeichnen darf. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. September 1921 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Geschäftsführer Widolt Oster, Dipl.-Ingenieur in Karlsruhe, leistet seine Stammeinlage dadurch, daß er zwei in Forzheim stehende drehbare Neckame Säulen für Glasplatte mit je einem Elektromotor in die Gesellschaft einbringt. Diese Säulen werden von der Gesellschaft auf 20 000 M. bewertet; damit ist die Stammeinlage des Widolt Oster geleistet. Die Geschäftsführer Fräulein Anita Jintel in Karlsruhe bringt auf Rechnung ihrer Stammeinlage folgende Einrichtungsgegenstände in die Gesellschaft ein: 1 amerikanischer Schreibtisch, 1 Schreibtischstuhl, 1 Klubsofa, 2 Klubstühle, 1 Rauchstuhl, 1 eich. Bücherschrank, 2 Schreibmaschinen mit Tischen, 2 Stühle, 1 Aktenschrank. Auch diese Sachen werden von der Gesellschaft auf 20 000 M. bewertet, so daß mit ihnen die Stammeinlage der Geschäftsführer Jintel ebenfalls geleistet ist. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung. Karlsruhe, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.238
In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 40 ist zur Firma **Badenia Konfervenfabrik** Gesellschaft mit beschränkter Haftung (früher Frig Brenner in Meß), Karlsruhe eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 30. September 1921 sind die §§ 8, 9 und 9 des Gesellschaftsvertrages geändert worden. Karlsruhe, 4. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.267
In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 53 ist eingetragen: Firma und Sitz: **Karlsruher Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Übernahme von Bücherrevisionen und aller Aufträge, welche die Anlegung oder Kontrolle der Buch- und Geschäftsführung betreffen, Übernahme von Vermögensverwaltungen und Treuhandgeschäften jeder Art. Stammkapital 20 000 M. Geschäftsführer: Friedrich Jach, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. September 1921 festgestellt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 5. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.268
In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 34 ist zur Firma **Badische An-**

des Elektrizitätsversorgung, Aktiengesellschaft (Badenwert), Karlsruhe eingetragen: Heinrich Gasser, Kaufmann in Forzheim, ist als Prokurist bestellt mit der Berechtigung, zusammen mit einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten. Karlsruhe, 5. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.269
In das Handelsregister A ist eingetragen: Zu Band I D.-Z. 217 zur Firma **Franz Versch**, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. Zu Band IV D.-Z. 299 zur Firma **August Schmitt**, Karlsruhe: Die Prokura der Kaufmann August Schmitt Ehefrau, Margarete geb. Schaal in Karlsruhe ist erloschen. Zu Band VI D.-Z. 116 zur Firma **Bernhard Wegger**, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. D.-Z. 202 zur Firma **Blum & Opitz**, Karlsruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. Zu Bd. VII D.-Z. 43: Firma und Sitz: **Emil Schweizer**, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Emil Schweizer, Kaufmann, Karlsruhe. (Möbelhandlung Amalienstr. 1.) D.-Z. 44: Firma und Sitz: **Robert Blum**, Handelsvertretung für Tabakerzeugnisse, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Robert Blum, Kaufmann, Karlsruhe. D.-Z. 45: Firma und Sitz: **Gebrüder Bronner**, Karlsruhe. Persönlich haftende Gesellschafter: Frig Bronner, Elektrotechniker und Reinhard Bronner, Kaufmann, beide in Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1920 begonnen, (Herstellung, Reparaturen und Vertrieb sämtlicher elektrischer Maschinen u. Apparate usw., Waldstr. 56.) Karlsruhe, 7. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.270
In das Handelsregister B Band IV D.-Z. 50 ist zur Firma **„Großmarkt“** Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. September 1921 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Frig Thomashewsky, Kaufmann, Karlsruhe, ist alleiniger Liquidator. Die Prokura des Johannes Markus, Obsthändler, Karlsruhe, ist erloschen. Karlsruhe, 7. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

Karlsruhe. 3.239
In unser Handelsregister Abteilung B wurde unter D.-Z. 63 eingetragen: **„Abenus“** Transport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Kehl, Hauptniederlassung Frankfurt a. M. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Reederei-, Spedition- und Agentur-Geschäften. Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmungen beteiligen. Das Stammkapital beträgt M. 1 000 000. Geschäftsführer sind: Gottlieb Jaeger, Generaldirektor, Mannheim, Ludwig Böhm, Kaufmann, Frankfurt a. M., Alexander Reinhard, Direktor in Mannheim, Dr. Robert Weber, Direktor in Mannheim, Ernst Studmann, Direktor in Mainz. Dem Kaufmann Ferd. Hand Knapp zu Frankfurt a. M. ist Gesamtprokura erteilt. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. November 1920 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so ist zur Vertretung das Zusammenwirken von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen erforderlich. Die Gesellschaft kann auch

durch das Zusammenwirken von zwei Prokuristen vertreten werden. Kehl, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

Kehl. 3.240
In das Handelsregister Abt. B wurde zu D.-Z. 40 Firma **Allgemeine Transport- u. Schiffahrtsgesellschaft** (Compagnie générale de Transports maritimes et terrestres) mit beschränkter Haftung in Kehl a. Rhein eingetragen. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Wendelin Metz in Kehl ist beendet. Dem Kaufmann Albert Kocherthal in Kehl ist Einzelprokura erteilt. Kehl, 3. Okt. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Konstanz. 3.195
Handelsregister eintrag A 1 D.-Z. 37, Firma **Stromeyer & Co.** in Konstanz: Die an Karl Baumstark u. Arthur Reichart erteilte Gesamtprokura ist erloschen. In die durch Geh. Kommerzienrat Ludwig Stromeyer und Ludwig Stromeyer jun. gebildete offene Handelsgesellschaft unter der Firma **Stromeyer & Co.** in Konstanz sind als weitere Gesellschafter eingetragen: Dr. jur. Emil Stromeyer und Manfred Stromeyer, Kaufleute in Konstanz. Alle 4 Gesellschafter sind zur Vertretung der Gesellschaft jeder für sich allein berechtigt. Dem Kaufmann Arthur Reichart in Konstanz wurde Einzelprokura erteilt. Kollektivprokura wurde erteilt an Carl Schoob, August Schuler und Emil Hoffmann, Kaufleute in Konstanz. Je 2 dieser Gesamtprokuristen sind berechtigt, die Firma rechtsverbindlich zu zeichnen. Handelsregister eintrag A 4 D.-Z. 172: Die Firma **Gans Kersten & Co.** in Nürnberg mit Zweigniederlassung in Konstanz. Offene Handelsgesellschaft. Beginn derselben 1. Februar 1921. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Gans Kersten in Nürnberg und Ingenieur Gottlieb Kolbner in Nürnberg. Gegenstand des Unternehmens Ingenieurbüro, Verkauf von elektrotechnischen Maschinen und Apparaten. Konstanz, 30. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1, Gerichtsschreiber.**

Konstanz. 3.216
Handelsregister eintrag A 4 D.-Z. 172: Die Firma **Gans Kersten & Co.** in Nürnberg mit Zweigniederlassung in Konstanz. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Architekt Otto Wötcher in Weiblingen, die Zimmerpolierer Hieronymus Wiltner und Friedrich Schellinger, beide in Sippplingen und Frau Walburga Schwarz, Privat in Konstanz. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Otto Wötcher befugt. Gegenstand des Unternehmens ist die Erstellung von Kleinhäusern und Ausfüllung aller im Hochbau vorkommenden Arbeiten. Konstanz, 1. Okt. 1921. **Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.**

Kehl. 3.196
Zum Handelsregister Abt. A Band I D.-Z. 96 — Firma **G. M. Heust** in Kehl — wurde heute eingetragen: Inhaber ist jetzt Friedrich Karl Maack, Kaufmann in Kehl. Die im Geschäft begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten sind von Maack nicht übernommen worden. Die Prokura des Albert Winter in Kehl ist erloschen. Kehl, 27. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.**

Lahr. 3.280
Zum Handelsregister Abt. B Band I D.-Z. 46 wurde heute eingetragen: **Wilhelm Breich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Lahr. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung u. der Vertrieb von Kartonagenartikeln und Papierwaren jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder ihre Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 45 000 Mark. Geschäftsführer sind: Wilhelm Breich, Fabrikant in Lahr, Hugo Breich, Kaufmann in Lahr, Albert Adernann, Kaufmann in Schramberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. August 1921 errichtet. (Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gestattet die Erhebung von Nachschüssen bis zur Höhe des Stammkapitals. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Lahrer Zeitung. Lahr, 6. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

Lahr. 3.281
Zum Handelsregister Abt. B D.-Z. 18 — Firma **Anthropologische Anstalt und Steinbruderei Diez Gebr. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Lahr — wurde heute eingetragen: Die Liquidation ist beendet und die Firma erloschen. Lahr, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

Lörrach. 3.217
Handelsregister eintrag B Band II D.-Z. 29 vom 20. Sept. 1921: **„W. Krüner Internationale Transporte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lörrach.“** Gesellschaftsvertrag vom 23. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist die Spedition von Gütern aller Art auf dem Land- u. Wasserwege, sowie jegliche dazu in Beziehung stehende Tätigkeit wie Lagerung, Verzollung usw. Die Gesellschaft kann andere Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Zwecke übernehmen, sowie sich an solchen Unternehmungen beteiligen und die Vertretung von Rhein- und Seereedereien und sonstigen in das Speditionswesen einschlagenden Unternehmungen übernehmen. Stammkapital Mark 100 000. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertritt jeder der Geschäftsführer die Gesellschaft selbstständig. Geschäftsführer: Wilhelm Krüner, Kaufmann in Lörrach, Heribert Grefker, Kaufmann in Lörrach. Lörrach, 28. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

Lörrach. 3.218
Handelsregister eintrag B Band II D.-Z. 31 vom 29. September 1921. **„Spalt- und Sägewerk Ostingen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ostingen.“** Gesellschaftsvertrag vom 27. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist das Einschneiden und Bearbeiten aller Holzarten, sowie Handel mit denselben. Stammkapital: 300 000 M. Leiter Geschäftsführer ist beabsichtigt, die Gesellschaft rechtsverbindlich zu vertreten. Die Geschäftsführer haben für folgende Funktionen die Genehmigung d. r. Gesellschaft einzugeben: 1. Erwerb und Veräußerung, 2. Abauung und Veräußerung von Grundstücken, 3. An-

stellung und Entlassung von Beamten und Angestellten. 3. Abschluss von Versicherungen, 4. Aufnahme von Anleihen, 5. Bestellung von Prokuristen, 6. Gesellschaftsverpflichtungen über einen Betrag von mehr als zehntausend M. Geschäftsführer: Karl Schreyer, Säger a. B. in Kehl, Holzhändler in Lahr. Lörrach, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

Lörrach. 3.270
Handelsregister eintrag B Band II D.-Z. 30 vom 29. September 1921. **Grether & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bank- und Kommissionsgeschäft, Lörrach.** Gesellschaftsvertrag v. 26. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bank- und Kommissionsgeschäfts. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Stammkapital 300 000 M. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten vertreten. Geschäftsführer: Karl Grether, Bankbevollmächtigter in Rastatt, Gustav Bergmann, Kaufmann in Kloster Weitenau, August Joerrens, Kaufmann in Basel. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Lörrach, 28. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

Mannheim. 3.184
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band II D.-Z. 211, Firma **„A. Benber's Antiquariat & Buchhandlung (Ernst Lörrach)“** in Mannheim. Die Firma ist geändert in **„A. Benber's Antiquariat & Buchhandlung“**. (2. Band III D.-Z. 183 Firma **„Franz Feig“** in Mannheim. Die Prokura des Heinrich Haug, Mannheim, ist erloschen. 3. Band IV D.-Z. 142, Firma **„M. Kaller“** in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft mit Aktiven und Passiven und samt der Firma auf den Gesellschafter Kaufmann Alfred Kaller, Mannheim, als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. 4. Band V D.-Z. 179, Firma **„Diekmann“** in Mannheim. Die Firma ist erloschen. 5. Band V D.-Z. 236, Firma **„Gebr. Hasenbrint vorm. Müller & Hoffmann“** in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Prokura der Hedwig Hasenbrint, geb. Wiedemann ist erloschen. 6. Band VIII D.-Z. 240 Firma **„F. Reiff“** in Mannheim, ist als Gesamtprokurist bestellt. Jeder Gesamtprokurist ist berechtigt, gemeinsam mit einem anderen Gesamtprokuristen die Firma zu zeichnen. 7. Band XVIII D.-Z. 176, Firma **„Dr. Müller & Cie., Bandmaschinenfabrik“** in Mannheim. Die Firma ist geändert in **„Sämtlicher Haus Dr. Müller & Cie.“** Der Geschäftszweig ist erweitert auf den Vertrieb mechanischer, hygienischer Maschinen. 8. Band XXI D.-Z. 99 Firma **„Oberheinische Industrie-Gesellschaft Joseph Bösele & Co.“** in Mannheim. Alfred Bösele in Mannheim, Max Karau und Peter Prokuristen Walter Baur ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß

ein jeder von ihnen gemeinsam mit dem Geschäftsführer August Heinrich, Kaufmann, Mannheim, oder in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zur Bezeichnung der Firma befugt ist. Mannheim, 24. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. G. 4. Mannheim.**

Mannheim. 3.228
Zum Handelsregister B Band XVIII D.-Z. 18, Firma **„Oberheinische Breifabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“** in Mannheim, wurde heute eingetragen: Das Stammkapital ist, dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 1921 entsprechend, um M. 100 000 auf Mark 200 000 erhöht. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 1921 ist der Gesellschaftsvertrag geändert und neu gefasst. Auf die eingereichte Urkunde wird Bezug genommen. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam vertreten. Die Geschäftsführer Besler u. Diepenbrock haben auch dann das Recht, die Gesellschaft jeder für sich allein zu vertreten, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. G. 4. Mannheim.**

Mannheim. 3.261
Zum Handelsregister B Band XII D.-Z. 44 Firma **„Sunlight Gesellschaft Aktiengesellschaft“** in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Gustav Klapp ist erloschen. Der Prokurist Dr. jur. Richard Dornheim ist von Beruf Rechtsanwalt. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. G. 4. Mannheim.**

Mannheim. 3.262
Zum Handelsregister B Band XVI D.-Z. 48 Firma **„M. W. G. Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Niederlassung Mannheim“** in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma **„M. W. G. Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft Aktiengesellschaft“** in Berlin wurde heute eingetragen: Hermann Bruns, Kaufmann, Berlin-Steglitz u. Karl Moos, Kaufmann, Berlin, sind als Vorstandsmitglieder bestellt. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. G. 4. Meßkirch.**

Meßkirch. 3.219
In das Handelsregister A Band I wurde zu D.-Z. 45 — Firma **„A. Kunz & Cie., Wirtshausfabrik“** in Meßkirch — eingetragen: Die Firma ist erloschen. Meßkirch, 3. Okt. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Meßkirch. 3.220
In das Handelsregister A Band I wurde zu D.-Z. 57 — Firma **„Hermann Schläpfer, Meßkirch“** — eingetragen: Die Firma ist erloschen. Meßkirch, 29. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Radolfzell. 3.241
Zum Handelsregister A Band II D.-Z. 18 ist bei der Firma **Gebrüder Franz** in Singen eingetragen: Die Firma ist geändert in **„Gebr. Franz & Streib“**. Als persönlich haftender Gesellschafter ist weiter eingetragen Friedrich Streib, Elektrotechniker in Singen; derselbe ist zur selbständigen Vertretung der Firma berechtigt. Radolfzell, 30. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 1. Sinsheim.**

Sinsheim. 3.267
Handelsregister eintrag B Band I unter D.-Z. 7: **Reinhold Stitz, Aktiengesellschaft, Sinsheim.** Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. August 1921 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Erwerb und Fortführung des von Reinhold Stitz in Sinsheim bisher betriebenen Stanz- und Emailierwerkes und seiner Aluminiumschmelzfabrik, sowie Fabrication von Metallwaren, auch Erwerb bestehender Geschäfte dieser Geschäftszweige und Beteiligung an solchen. Das Grundkapital beträgt M. 1 500 000. Der Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt u. abberufen. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so sind zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der Aufsichtsrat kann einzelne Mitglieder des Vorstandes ermächtigen, die Gesellschaft allein zu vertreten und die Firma allein zu zeichnen. Vorstand ist Reinhold Stitz, Fabrikant in Sinsheim, der nach dem Gesellschaftsvertrag die Gesellschaft selbstständig zu vertreten hat. Dem Conrad Wör und der Eugen Knele, beide in Sinsheim, ist Gesamtprokura erteilt. Weiter wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist in 1500 Aktien über je 1000 M., die zum Nennbetrag ausgeben werden. Im Falle der Erhöhung des Grundkapitals können die neuen Aktien zu einem höheren als dem Nennwert ausgeben werden. Auf alle Aktien ist der in bar zu zahlende Betrag einbezahlt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Daneben kann vom Aufsichtsrat die Veröffentlichung in anderen Tageszeitungen vorgenommen und angeordnet werden. Die Generalversammlungen werden von dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat durch öffentliche Bekanntmachung einberufen. Die Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1. Reinhold Stitz, Fabrikant in Sinsheim, 2. dessen Ehefrau Maria geborene Schütze dort, 3. Josef Frisch, Kaufmann in Stuttgart, 4. Max Siegl, Rentdirektor in Baden-Baden, 5. Josef Ludwig Sebastian, Syndikus in Heidelberg. Von der Gründern bringen auf das Grundkapital in die neue Gesellschaft ein und diese übernimmt nach dem Gesellschaftsvertrag dieses Einlagen: 1. Reinhold Stitz und 2. dessen Ehefrau Maria geb. Schütze das diesen gebührende Fabrikationsgeschäft, das von dem Ehemann als Einzelkaufmann unter der Firma Reinhold Stitz in Sinsheim betrieben wird, mit dem Recht der Fortführung der Firma und mit allen Aktiven und Passiven mit Ausnahme des Fuhrparks. Als Entgelt hierfür erhält der Ehemann Stitz 550 und die Ehefrau 545 Stück Aktien. Außerdem erhalten die Eheleute Stitz in bar 80 000 M. Den ersten Aufsichtsrat bilden die vorstehend zu 3-5 genannten Personen. Schriftliche Willenserklärungen des Aufsichtsrats bedürfen zu ihrer Gültigkeit nur der Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Gericht, von dem die Anmeldung auch bei der Handelskammer Heidelberg Einsicht genommen werden. Sinsheim, 6. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**